

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich Postgebühr. Auslandbestellungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ein- bis zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Jugend und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Licht“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration der 40 Blätter „Vorwärts“ auf den Reichsmarkt, „Kleine Anzeigen“ des eingedruckten Wortes 25 Pfennig (zweiwöchentlich), jedes weitere Wort 2 Pfennig. Streifenpreise des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verleger: Tönnies 292-297, Zeigengasse 10, Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 87556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Postkontokasse Lindenstr. 3

Brief über ein Buch.

Zu Hermann Müllers „Novemberrevolution“.

Von Eugen Prager.

Sozial über meine persönlichen Verhältnisse, über Familie, Gesundheit und was dergleichen Dinge mehr sind. Aber du willst noch etwas anderes von mir wissen, du willst meine Meinung über das Buch von Hermann Müller über die Novemberrevolution hören, das vor kurzem im Verlag des „Bücherkreises“ erschienen ist. Du schreibst, mein Urteil wäre für dich von besonderem Werte, weil ich als ehemaliger Unabhängiger einen anderen Blick für die Vorgänge der Revolutionszeit habe, als du ihn wahrnehmst. Und du verlangst Offenheit und Klarheit von mir.

Da will ich dich an eines vor allem erinnern: Es war für dich und für mich die bitterste Zeit unseres Lebens, als die Einheit der deutschen Sozialdemokratie zerbrach. Als wir zur Partei kamen, hatten wir alle Brücken hinter uns abbrechen müssen. Die Partei, das war für uns die Welt, das war unser Heim, unsere Religion. Der Zweck des Daseins schien uns erschöpft, wenn wir der Partei dienten, wenn wir ihr unsere Lage und unsere Nöchte opferten, wenn wir ihre Wege auf alles verzichteten, was das Leben sonst noch wertvoll und köstlich macht. Dann aber kam doch die Spaltung, die uns vordem als unentbehrlich und unfähbar erschienen war. Es kam die Trennung von Freunden und Kampfgefährten, weder von euch noch von uns gewollt. Lehre hindurch stonden wir uns feindselig und hassend gegenüber.

Wir haben uns wieder gefunden und wir möchten nicht, daß noch einmal solch bitterböse Zeit wiederkehre. Denn über allen Wirrungen und Spaltungen haben wir nicht vergessen — um mit den letzten Worten in Hermann Müllers Buch zu sprechen — daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die geeinte Arbeiterklasse zu erreichen ist. Aber gerade weil wir das wissen, weil wir das kostbare Gut der Einheit der Sozialdemokratie erhalten, weil wir die uns noch fernstehenden proletarischen Schichten für die Einheit der Arbeiterklasse gewinnen wollen, muß ich bei Gelegenheit dieses Buches doch einmal von dem sprechen, was uns vor zehn Jahren auseinandergerissen hat.

Der schärfste Gegensatz ergab sich wohl aus dem Unterschied zwischen dem „Realpolitiker“ und dem „Phantasten“. Der eine steht mit beiden Füßen auf der Erde und pflückt die Früchte, die ihm zunächst erreichbar sind; der andere greift nach den Sternen und fällt dabei zuweilen auf die Nase. Vielleicht seid ihr mehr die Menschen der Gegenwart. Und darum habt ihr zumeist die Mehrheit hinter euch, weil ihr das sofort Fassliche zeigen könnt. Uns immer Unzufriedene, uns Rörgler, uns Quertreiber aber — hat man von je her gekennzigt und verbrannt“, um zur Abwechslung mit Goethes Faust zu reden. Und das Tragische dabei ist, daß wir uns zumeist nicht verstehen, sobald unsere Unruhe eure Ordnung stört, trotzdem wir doch eigentlich eines Samens, einer Klasse und eines Zieles sind.

Um aber auf Hermann Müller und sein Buch von der Novemberrevolution zurückzukommen. Das ist ein handfestes Buch von einem Geschriebenen, der weiß was er will, von einem, der seinen Weg sieht und ihn auch im Dunkeln nicht verliert. Eine Fülle von Material ist in der Schrift verarbeitet, man erfährt manche wichtige Einzelheiten daraus zum ersten Male. Das Wesen des Mannes spiegelt sich in seiner Schrift. Kein himmelstürmender Eroberer, wohl aber ein zuverlässiger und treuer Berwahrer und Mehrer übernommenen Gutes. Er hält Distanz zu den Menschen und Tingen, und darum ist sein Urteil über sie weder von Haß noch von Liebe getrübt. Nur selten spricht er in seinem Buche von sich selbst. Ich bedaure es, daß er an einer Stelle das private Vorleben eines Politikers erwähnt. Aber dazu trieb ihn wohl der Wille zur Genauigkeit, der ihn an einer anderen Stelle noch zu der Erzählung veranlaßt hat, daß er kurz vor Ausbruch der Revolution ohne sein kleines Geet eine Reise nach Kiel nicht antreten mochte. Vielleicht hätten wir anderen es ebenso gemacht; aber trotz aller Liebe zur Wahrheit hätten wir wahrscheinlich solche Menschlichkeit der Nachwelt unterschlagen.

Doch warum soll es in einem Buche nicht menschlich, das den Untertitel „Erinnerungen“ trägt? Das heißt doch soviel, daß die „Novemberrevolution“ kein Geschichtswerk, sondern ein Baustein für den noch kommenden Historiker sein soll. Eine reine unvoreingenommene Wissenschaft gibt es ja überhaupt nicht. Sie wird immer subjektiv beherrscht sein von der Erziehung, von der Umwelt, von der Klassenzugehörigkeit des Forschenden, sie wird immer objektiv beeinflusst werden von der Kenntnis der Quellen und ihre Zugänglichkeit. Aber je größer der Abstand wird, den wir von den Geschehnissen gewinnen, je geringer die persönlichen Berührungspunkte mit ihnen, desto eher entsteht die Möglichkeit einer Darstellung, die von allen Seiten als objektiv empfunden wird.

Das möchte ich hier einschalten, um vor mir selbst den Verfasser vor dem Vorwurf zu schützen, als ob er die Vor-

Zodesopfer der Brandkatastrophe.

Bernachlässigung der Schutzbestimmungen. — Die Opfer meist junge Mädchen.

Die Brandkatastrophe in der Schönleinstraße, von der weitere schreckliche Einzelheiten bekannt werden, hat bisher 2 Todesopfer gefordert. Der Inhaber der Möbel-fabrik Paul Sawitzky und Fräulein Eisele Krause, 16 Jahre alt, sind im Krankenhaus gestorben.

Im Urban-Krankenhaus liegen 31 Verletzte, darunter junge Mädchen mit lebensgefährlichen Brandwunden.

Schönleinstraße 5.

Schönleinstraße 5. Ein Haus mit der üblichen Fassade einer Mietkaserne im Berliner Osten. Ein Torweg führt in einen engen Hof. Links eine Mauer, rechts ein bemohntes Hinterhaus. Der Hof wird abgeschlossen von einem Fabrikgebäude, drei Stockwerke hoch, nüchtern, fast. Hier vollzog sich das Unglück.

Im ersten Stock die Fabrik für Radio-Artikel von Dr. Baeder u. Co. Man lapset Spulen mit Zelluloid, aus Zelluloidabfällen werden Platten geprägt, die Prägestempel werden über Gasflammen erhitzt. Es ist Hochkonjunktur, Weihnachten vor der Tür. Radiobestandteile sind ein vielverlangter Geschenkartikel, Radio ist immer noch Mode. Wer denkt daran, wie diese Bestandteile hergestellt werden! Hier Schönleinstraße 5, werden sie fabrikiert. 25 Arbeiterinnen, zumeist junge Mädchen, 15-, 16jährige — man sagt, es sei auch eine Dreizehnjährige darunter gewesen — arbeiten mit dem gefährlichen Rohstoff. Junge Mädchen sind billige Arbeiterinnen!

In zwei Stockwerken über dem Betrieb eine Tischlerei und eine Klavierwerkstätte — Betriebe mit leicht brennbarem Material. Eine einzige Treppe aus Holz. Die Fenster stark unterteilt, keine großen Scheiben, die Fensterkreuze nicht aus Holz, sondern aus Eisen, im Falle der Gefahr die Flucht nach außen erschwerend. Der Betrieb hat vor kurzem seinen Sitz verlegt, die Polizei wollte ihn nicht in der Nähe einer Garage dulden, wegen der Feuergefahr! Schönleinstraße 5, mitten in Wohnhäuser eingeklemmt, in Räumen, die nicht den Grundrissen für die gewerbepolizeiliche Überwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren entsprechen, wurde er geduldet. Bis das Unglück geschah.

Eine jugendliche Arbeiterin wollte die Gasflamme zur Erhitzung des Prägestempels mit einem Zelluloidstreifen anzünden. Der Streifen flammte auf, erschreckt warf sie ihn weg, er fiel in Zelluloidabfälle — sie sollen möglichst in Blechbehältern mit Wasser aufgefangen werden — und das Unglück war geschehen.

Einundzwanzig Arbeiterinnen, meist im jugendlichen Alter, liegen mit schweren Brandwunden im Krankenhaus. Sie sahen an den Arbeitstischen, die ausschleudende Stichflamme hat sie erfaßt, an den Armen, im Gesicht, an der Brust. Die Ärzte waren entsetzt und erschüttert, als ihnen die jungen Menschen mit diesen schweren Verletzungen eingeliefert wurden, verbrannt, entstellt, mit Brandwunden, die nur zu viele der unglücklichen jungen Mädchen zeitlebens entstellen werden.

Was helfen Schutzbestimmungen für so überaus gefährliche Betriebe, wenn sie so gehandhabt werden, wenn solche Betriebe Arbeitskräfte beschäftigen, von denen man nicht daselbe Verantwortungsgesühl, dieselbe Kenntnis der Gefahr verlangen kann wie von erwachsenen Arbeitern. Junge Mädchen, fast noch Kinder, kaum aus der Schule entlassen — sie sind die Opfer. Not und Arbeitslosigkeit sind groß — die jungen Mädchen müssen verdienen. Die Fabrikation von Massenartikeln braucht billige Arbeitskräfte.

Einundzwanzig Arbeiterinnen liegen mit schweren Brandwunden im Krankenhaus — Kinder unter ihnen, die

sich auf Weihnachten wie Kinder freuten. Sie arbeiteten an dem Land, der zu Weihnachten die Freude der anderen ist. Man sieht ihm nicht an, woher er kommt, ahnt nicht, welche Schicksale und welche Not mit ihm verknüpft sind, sieht nicht den grauen Arbeitstag der jungen Mädchen, die ihn herstellen, die Gefahr, der sie sich aussetzen. Welches Gewissen könnte ruhig bleiben, wenn ihm mitten in der Festesfreude die Verknüpfungen klar vor Augen liegen würden!

Eine der beiden Arbeiterinnen, die an den schweren Brandwunden gestorben sind, ist sechzehn Jahre alt. Sechzehn Jahre! Wir denken mit Entsetzen daran, daß unter den Opfern ein Mädchen von knapp vierzehn Jahren liegt. Die wohlbehüteten Töchter wohlhabender Familien wissen in diesem Alter noch nichts von Verdienennüssen, das die Proletariermädchen in die Fabrik treibt. Sie können in diesem Alter noch Kinder sein — die anderen aber werden zur Arbeiterin. Aber der kindliche Sinn, die Lust und die Freude des Kindesalters, die bleibt auch ihnen, die Freude auf Weihnachten, die Erwartung, die nur der Jugend eigen ist. Mädchen von 14, 15, 16 Jahren in der Fabrik — es sind Kinder. Nun — tot, schwer verbrannt, entstellt auf Lebenszeit — Weihnachtskindern von Proletarierkindern.

Redet nicht vom sträflichen Leichtsinne der jungen Arbeiterin, die das Feuer verursacht haben soll! Redet vom sträflichen Leichtsinne, der halbe Kinder in gefährlichen Betrieben beschäftigt, redet von der Gedankenlosigkeit, die den Kinderschutz und den Schutz jugendlicher Arbeiterinnen nicht weiter ausdehnen will. Wieviele Betriebe mag es in Berlin noch geben, in denen halben Kindern täglich dasselbe geschehen kann!

Wäge dies Unglück nicht nur an den Sinn für Sensationen rühren, sondern an die Gewissen. Wer mit Entsetzen und Erschütterung an die jugendlichen Opfer denkt, der möge sich prüfen, ob nicht auch eigene Gedankenlosigkeit und eigene soziale Gleichgültigkeit mit Schuld daran trägt, daß junge Arbeitermädchen solches Schicksal erfahren müssen!

Kontrolliert feuergefährliche Betriebe!

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung bringt die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag ein:

„Die letzten Brandunfälle in der Neuen Friedrichstraße 36 und in der Schönleinstraße 5 haben gezeigt, in welche Gefahr die in feuergefährlichen Betrieben beschäftigten Personen geraten, wenn nicht die feuerpolizeilichen und baupolizeilichen Vorschriften befolgt werden. Der Oberbürgermeister als Beauftragter der Baupolizei wird ersucht, so bald als möglich sämtliche Fabrikbetriebe auf ihre Feuersicherheit hin (Ablaufgänge, Feuerleitern, Fenster usw.) kontrollieren zu lassen, um den darin beschäftigten Arbeitern den größtmöglichen Schutz zu schaffen. Wo der Schutz nicht zu beschaffen ist, sind die Betriebe zu schließen. Auch soll Vorsorge getroffen werden, daß Betriebe, die feuergefährliche explosive Stoffe verarbeiten, nicht im Bereiche der Wohnungen liegen.“

Wieder zwei Großfeuer.

In Alt-Stralau und in Weipensee.

In den gestrigen Abendstunden wurde die Feuerwehr zu zwei weiteren Großbränden gerufen. Der erste Alarm kam aus Alt-Stralau, der zweite aus Weipensee.

In der Jute-Spinnerei Alt-Stralau 54/55 war gegen 1/8 Uhr aus unbekannter Ursache Feuer entstanden, das an Juteballen und ähnlichen leicht brennbaren Vorräten rasche

gänge Ende 1918 und Anfang 1919 nicht richtig geschildert habe. Wenn ich als ehemaliger Unabhängiger über jene Zeit zu erzählen hätte, dann würde gewiß manches anders herauskommen. Doch für uns darf es sich jetzt nicht mehr um die Formulierung irgend welcher Schuldfragen handeln, sondern nur noch um die gemeinschaftliche brüderliche Arbeit für den Sozialismus. Ich gestehe Hermann Müller durchaus das Recht zu, die Vorgänge in der Revolutionszeit so niederzuschreiben, wie sie ihm in der Erinnerung als wahr erscheinen. Dabei erkenne ich ebenso gern an, daß er dabei alles vermeidet, was die Verlehen könnte, denen sich die damalige Zeit in der Erinnerung anders darstellt.

So, da hast du meine Meinung über das Buch. Freuen wir uns, daß wir freundschaftlich über solche Dinge sprechen können und nicht mehr wie vor zehn Jahren darüber streiten müssen. Was gibt unserer Bewegung den fortwährenden Schwung? Daß sie zurecht abwägende

Befonnenheit mit unserer mehr draufgängerischen Himmelfürerei verbindet. Muß denn immer ein Gegensatz daraus entstehen, kann es nicht viel mehr ein Zusammenklang werden, wenn die verschiedenartigen Temperamente in einer Bewegung miteinander um Geltung ringen? In unserer Partei ist ebenso Platz für solche, die mehr wägen, wie für solche, die mehr wagen: Wenn sie einig in der Befinnung, einig im Ziel sind!

Um aber diesem Briefe ein Ende zu geben, so will ich nur noch sagen, daß ich dem Buch Hermann Müllers eine große Verbreitung wünsche. Es sollte auch denen zur sinnlichen Lektüre dienen, die vor zehn Jahren im anderen Lager gestanden haben. Zuletzt noch einen anderen Wunsch: Dir und den Deinen frohe Weihnachten und uns allen ein besseres neues Jahr als es das alte gewesen ist.

Dein alter

E. P.

Nahrung fand und mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Zur Bekämpfung des Großfeuers wurden vier Löschzüge und das Feuerlöschboot III, das im Offshafen stationiert ist, herangezogen. Starke Qualmenentwicklung erschwerte die Löscharbeiten, und erst nach zweistündiger Tätigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Es wurde aus sieben Schlauchleitungen größten Kalibers lange Zeit Wasser gegeben. Das elastische, langgestreckte Fabrikgebäude mit einem Flächeninhalt von etwa 1200 Quadratmeter ist zum großen Teil ein Raub der Flammen geworden. Das zweite Feuer entstand in der Spiralfederfabrik von Hausmann in der Langhausstr. 128 zu Weiskessee. Ein Teil des Fabrikgebäudes und der Dachstuhl wurden vernichtet. Die Entschärfungsurache ist noch unbekannt. Schließlich brach gegen 20 Uhr im Heizkeller der Handelschule, Spandauer Straße, ein Feuer aus, das die Feuerwehr aber bald niedergetämpft hatte, ohne daß ein besonderer Schaden entstanden ist.

Programm des Kriegsschuldausschusses Endgültig festgelegt.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstags für die Fragen der Vorgesichte des Weltkrieges — Vorsitzende Frau Abg. Sohm-Schuch (Soz.) — hat sein endgültiges Programm nunmehr festgelegt.

Die bisher vorliegenden Gutachten werden als Grundlage für die Generalausprache mit dem Ziel abschließender Feststellungen für ausreichend angesehen. Mit der Ausarbeitung des Berichtes, der der Aussprache zugrunde gelegt werden soll, ist Generalsekretär Dr. Fischer beauftragt. Die Aussprache, an der die Sachverständigen teilnehmen werden, beginnt spätestens nach Ostern und wird dann fortlaufend durchgeführt. Im Herbst 1929 soll die Arbeit abgeschlossen sein, worauf das ganze Material: Entschuldigungen, Verhandlungen, Gutachten, veröffentlicht wird.

Der Ausschuss hat es abgelehnt, mit seinen Beratungen auf die Veröffentlichung sämtlicher noch in Aussicht stehender Aktenpublikationen fremder Länder zu warten. Es wurde geltend gemacht, daß weder die Aktenveröffentlichungen noch die wissenschaftliche Diskussion darüber in absehbarer Zeit ihr Ende finden würde, während es von großer Wichtigkeit sei, das bis jetzt vorliegende Material zusammenzufassen und auszuwerten. Der Ausschuss hielt aber auch eine sofortige Veröffentlichung der ihm erstatteten Gutachten allein, ohne daß zu ihrem Inhalt kritisch Stellung genommen wäre, für unzumutbar.

Ueber ein wichtiges Sonderthema trat jedoch das ganze Material bereits abgeschlossen vor. Der Ausschuss hat die Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen vorweg behandelt. Das Ergebnis dieser unter dem Vorsitz der Herren Abg. Dr. Gradnauer und Dr. Breit, schriftlich geführten Verhandlungen wird samt den Gutachten der Sachverständigen Professor Dr. Hans Wehberg, Professor Dr. Jörn, General Graf Montgelas, Dr. Thimme, Wittf. Geh. Rat Dr. Arzegg, Mitglied des Preussischen Landtags, Ende Januar 1929 bei der Deutschen Werkzeugschmiedefabrik für Politik und Geschichte erscheinen.

Pädagogik mit Polizei.

Ein unzuverlässiges Rundschreiben von Volksschulchreim.

Die Schulleitung in Forst (Bausch) hat an die Eltern der Schüler 14 Theile herausgegeben, deren Sinn es ist, die Polizei für die Durchführung des Unterrichts und der Erziehung der Kinder in der Schule anzurufen. Vergehen der Kinder, Prügelstrafen auf dem Schulweg, unerschuldigte Schulverschuldung usw. sollen der Polizei zur Ahndung mitgeteilt werden. Ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter führte über dieses merkwürdige Dokument in einer kleinen Anfrage Beschwerde und fragte das Staatsministerium, was es zu tun gedachte, um diese „jeder modernen Pädagogik ins Gesicht schlagende Anweisung“ rückgängig zu machen.

Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, bezeichnet der preussische Kultusminister Dr. Baecker das Rundschreiben der Behörde der Volksschulen IV und VI in Forst an die Eltern der Schüler als schweren Mißgriff, der ernst zu mißbilligen ist. Die Regierung in Frankfurt a. D. hat sofort, nachdem sie Kenntnis von diesem Rundschreiben erhalten hatte, das Erforderliche veranlaßt. Die getroffenen Maßnahmen lassen erwarten, daß sich derartige behauerliche Vorkommnisse nicht wiederholen werden.

Das Berechtigungsunwesen.

Der Preussische Staatsrat gegen den Bildungssimmel.

Die schon vor längerer Zeit in Aussicht genommene Besprechung des Reichsministers des Innern mit den Spitzen der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften über die Neuregelung der Reichsbeamtenaufbahnen hat endlich stattgefunden. Während nach Presseberichten die Vertreter der Gewerkschaften für die freie Wahl des Tüchtigen eintraten, verlangten die Beamtenvertreter für den Eintritt in die mittlere, gehobene Beamtenaufbahn das Abiturium oder doch mindestens das Unterprimanerzeugnis. Der Reichsminister des Innern hat sich die Entscheidung vorbehalten. Es sollen noch weitere Besprechungen in einem engeren Kreise von Sachverständigen stattfinden.

Wie nunmehr bekannt wird, hat sich jetzt auch der Preussische Staatsrat gegen die überspannten Anforderungen ausgesprochen. Er hat das Ministerium ersucht, auf eine Herabsetzung der übermäßigen Anforderungen der Reichsbahn und der Reichspost hinzuwirken und dafür zu sorgen, daß die Behörden für die mittlere Beamtenaufbahn keine zu hohen Anforderungen stellen.

Leichtereres Wiederaufnahmeverfahren.

Das Einführungsgesetz zum neuen Strafgesetzbuch wird normenmäßig zu Beginn des kommenden Jahres fertiggestellt sein. Durch das neue Strafrecht ergibt sich die Notwendigkeit, die strafrechtlichen Nebengesetze darauf zu prüfen, ob deren Bestimmungen mit dem neuen Strafrecht vereinbar sind. Auch die Strafprozessordnung erfährt notwendigerweise verschiedene Änderungen. Das Reichsjustizministerium geht jedoch über diesen engen Rahmen hinaus und vertritt Reformgedanken, die das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes schon seit längerer Zeit erfüllen.

Die wichtigste Neuerung, die sich im Entwurf des Reichsjustizministeriums befindet, ist, wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, die Neugestaltung des Wiederaufnahmeverfahrens im Strafprozeß. Gegenüber dem geltenden Recht sind wesentliche Erleichterungen für das Wiederaufnahmeverfahren vorgesehen.

Bolivians Antwort an den Rat.

Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten. — Neue Ratstagung überflüssig.

Paris, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Die bolivianische Regierung benachrichtigte den französischen Außenminister in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundes, daß sie ihren Truppen Befehl gegeben habe, die Feindseligkeiten einzustellen.

In diesem diplomatischen Kreise sieht man in dieser Entscheidung einen Erfolg der Schlichtungsaktion. Man glaubt gleichzeitig losfahren einen großen Prestigeerfolg des Völkerbundes feststellen zu dürfen, als angeht die südamerikanischen Empfindlichkeit eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes erschweren. Auf die geplante außerordentliche Zusammenkunft des Rats in Paris wird nunmehr angesichts der neuen Entwicklung verzichtet werden.

Auch Kelloggs Vermittlung angenommen.

London, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Eine friedliche Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Bolivien und Paraguay scheint bevor-

zustehen. Auch die bolivianische Regierung hat die Vermittlung der panamerikanischen Konferenz nunmehr angenommen. In einem in La Paz veröffentlichten Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die bolivianische Regierung sich in einem Telegramm an Kellogg bereit erklärt hat, das Angebot der panamerikanischen Konferenz zur Schlichtung des Streites mit Paraguay anzunehmen. Außerdem hat die bolivianische Regierung dem Völkerbund in einer neuen Note mitgeteilt, daß sie seinem Ratsschlag nachkommen und weitere Zusammenstöße vermeiden werde. Sie versichert sodann, daß sie den Befehlshabern ihrer Grenztruppen die Anweisung erteilt habe, sich jeden Angriff zu enthalten und sich auf rein defensive Maßnahmen zu beschränken. Abschließend wird in der Note darauf hingewiesen, daß Paraguay 10 Jahrgänge mobilisiert habe, während Bolivien sich auf Vorsichtsmaßnahmen zur Sicherung seiner Grenzen beschränke.

In London hofft man, daß ein direktes Eingreifen des Völkerbundes sich vermeiden lassen wird.

Reparationskonferenz nicht vor Februar?

Einigung mit Deutschland — jetzt wird mit Amerika verhandelt.

Paris, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an den am Dienstag stattgefundenen Ministerrat wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt, daß in bezug auf die Vorbereitung der Reparationskonferenz ein „allgemeines Einverständnis unmitteibar bevorsteht“. Auf Grund der deutschen Einwände gegen die in der letzten Woche beschlossene Formulierung des Aberrinfommens sind in-

zwischen einige redaktionelle Veränderungen vorgenommen worden, die jedoch praktisch an dem Gesamtinhalt nichts Wesentliches ändern. Jetzt sollen die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über deren Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz ausgenommen werden. Sie dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen, so daß die Konferenz kaum vor Februar zusammentreten dürfte.

Sächsische Weihnachtsgeschichte.

Ein Schwertkriegsbeschädigter in Dresden hat gebittet, daß eine auswärtige Firma zu Weihnachten Biederbogenposten für Bedürftige portiert. — Biederbogen, so etwas gibt es nicht. Er schreibt, man möge auch an ihn in seiner Not denken. Die Firma will nicht, daß ihre Gaben Reuten zwischen, die nicht bedürftig sind. Sie ertüchelt sich beim Postgeprübium Dresden nach der Persönlichkeit des Büttelnden.

Und nun, so denkt ihr, nimmt der Beamte einen Biederbogen und schreibt: Der Mann hat seine Gesundheit für das Vaterland dahingelassen, er ist heute ein Krüppel, arm und bedürftig, die Not ist groß, das Vaterland kann ihm nicht besser danken, wollen Sie dazu beitragen, so werden Sie sich herzlich herzlich handeln freundlich, gut und herzlich, wie es im Weihnachtsmärchen heißt.

Aber so schreibt er nicht! Er nimmt einen Bogen, über dem steht Strafbefehl, den ich er an den Schwertkriegsbeschädigten: Zwei Tage halt wegen Keiteler. So tat der Oberverwaltungsinspektor höflich dem Postgeprübium Dresden, wenige Tage vor Weihnachten. Da habi ihr das Weihnachtsmärchen des sächsischen Bureaualtrismus!

Zum Glück erfuhr der Abteilungsleiter im Postgeprübium von der Geschichte, er griff ein, und der Schwertkriegsbeschädigte blieb vor der Haß bewahrt.

Neuwahl in Danzig.

Drei Sozialdemokraten hauptamtliche Senatoren.

Danzig, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Volkstag wählte am Dienstag die Neuwahl für die mit Ablauf des Jahres aus dem Senat ausscheidenden hauptamtlichen Senatoren. Entsprechend der seit mehreren Jahren bestehenden Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum, Liberale) wurden u. a. auch drei Mitglieder der bisher nur im parlamentarischen Senat vertretenen Sozialdemokratie gewählt, und zwar Landgerichtsrat Dr. Kemnitzer (Finanzen), Geschäftsführer Fritz Gründemann (Arbeits- und Gewerkschaftssekretär Franz Arzgnoffi (Arbeit und Betriebe). Als Präsident des Senats wurde Dr. Heinrich Sohm wiedergewählt.

Bey den vier anderen Hauptsenatoren stellt das Zentrum den bisherigen Senator Wiercinski (Soziales) und den jetzigen Dreizehner Stadtbaurat Dr. Wihoff (Raumwesen). Für die liberale Gruppe kandidierten mit Erfolg der bisherige Senator Dr. Strunk (Kultur) und Dr. Ewert (Justiz). Unter den nicht wiedergewählten Hauptsenatoren befindet sich Dr. Bollmann, dessen Amtsinhabung oft zu scharfer Kritik Anlaß gegeben hat. Mit ihm sind die Anhänger der deutschnationalen Opposition aus der Regierung entfernt. Damit ist endlich der unhaltbare Zustand beseitigt, daß der Verwaltungssenat mit seiner rechtsgerichteten Mehrheit dem republikanisch gerichteten parlamentarischen Senat entgegenstand.

Mieterschutz nicht verfassungswidrig.

Höchstergerichtliches Urteil in Wien.

Wien, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Verfassungsgerichtshof hat am Dienstag den Antrag der Landesregierungen von Borsberg und Steiermark, den in Deutschösterreich bestehenden Mieterschutz als verfassungswidrig zu erklären, abgelehnt. Der Antrag war auf Wunsch der Hausbesitzerorganisationen gestellt worden. Als das ablehnende Urteil bekanntgegeben wurde, leisteten sich die zahlreich anwesenden Hausbesitzer stürmische Zwischenrufe und einen großen Aufruhr. Der Vorsitzende des Gerichts sah sich schließlich gezwungen, die Herren Hausbesitzer an die friedliche Luft zu setzen.

Parteitag der Marin-Gruppe.

Frankreichs Rechte will herrschen.

Paris, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

In Paris wurde am Dienstag der Parteitag der größten Rechtsgruppe, der Republikanischen Vereinigung, eröffnet. Der Vorsitzende wies in seiner Eröffnungsrede auf die Erfolge

der Partei hin, ohne die heute nicht regiert werden könne. Die Rechte bilde ein Drittel der Regierungsmehrheit. Die Ansprache enthielt immerhin den vorsichtigen Rat, den Bogen nicht zu überspannen und keine unzulässigen Forderungen zu stellen. Stelle die Partei aber solche Forderungen, so dürfe sie sich auf keine Kompromisse einlassen.

Es wird sich in der Tat bald erweisen, ob die Ansprüche der Partei, die heute die Regierung geradezu zu beherrschen gedenkt, durch die Ereignisse gerechtfertigt werden.

Spaltungsende in Bulgarien.

Ein Markstein in der Entwicklung des bulgarischen Sozialismus.

Sofia, 18. Dezember. (Eigenbericht.)

Das vor wenigen Wochen gebildete Verständigungs-Komitee der sozialistischen Gruppen in Bulgarien erledigt bereits in seiner dritten Sitzung den allgemein erwarteten Erfolg. Es wurde die formale wie tatsächliche Einigung erreicht und eine paritätische Kommission zur Ausarbeitung des Einigungsprotokolls eingesetzt.

Die meisten lokalen Organisationen der bulgarischen Sozialdemokratie drängt schon lange zu einer Vereinigung hin. Die stark die Macht dieses Druckes von „unten“ war, zogen die diesjährigen Parteitage der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Föderation. Die dort angenommenen Entschlüsse schufen die ideale wie tatsächliche Basis, auf der jetzt die Verschmelzung der Föderation und der Gruppe „Neuer Weg“ (ehemalige Kommunisten) mit den alten Sozialdemokraten erfolgte.

Die Geschichte des Sozialismus in Bulgarien weist eine Reihe ungelöster Bruderkämpfe auf. Diese Kämpfe finden in erster Linie ihre Erklärung in der zurückgebliebenen wirtschaftlichen Struktur des Landes. Die Klassenunterschiede, der Kapitalismus und die im Produktionsprozeß tätige Proletariermasse sind in Bulgarien noch relativ wenig entwickelt. Die etwas über 5 Millionen zählende Bevölkerung setzt sich zu 82 Proz. aus einem Kleinbauertum zusammen, das von der noch jungen Kapitalistenklasse und der Regierung in der schamlosesten Weise ausgebeutet wird. Die ungenügende ökonomische Entwicklung des Landes und das Fehlen einer zahlenmäßig starken Arbeiterklasse führten in der nunmehr 40jährigen Geschichte der bulgarischen Arbeiterbewegung immer wieder zu Gegensätzen und Zerplitterungen. Die letzte Spaltung erfolgte im Jahre 1926. Immerhin konnte die alte Partei bei den vorjährigen allgemeinen Wahlen im Wahlbündnisse mit den Bauernparteilern und Handwerkern (Eiserne Block) 10 Abgeordnete in die Sobranje schicken, während die Föderation, die selbständig in den Wahlkampf gezogen war, ohne parlamentarischen Vertretung blieb.

Nach dem letzten Jahresbericht zählt die Sozialdemokratische Partei in Bulgarien 30 151 Mitglieder, die sich beruflich in 6378 Lohnarbeiter, 19 482 Bauern, 2231 Handwerker und 1610 freie und andere Gliedern. Tatsächlich sind in Bulgarien mehrere hunderttausende Lohnarbeiter vorhanden. Aber auch hier steht die Mehrzahl der Arbeiter, ähnlich wie in den anderen Balkanländern, noch unter kommunistischem Einflusse. Die wirtschaftlich politische Reaktion und nicht zuletzt auch der rosende Stachel schafften einen günstigen Nährboden für die kommunistische Agitation. Jetzt ist durch den Anschluß der Gruppe „Neuer Weg“ ein Teil der ehemaligen kommunistischen Partei der sozialistischen Bewegung zurückgewonnen.

Stärkung nach innen und außen tat dem Sozialismus in Bulgarien dringend not. Nach außen steht die Sozialistische Partei auf sehr harten Füßen. Das Regime der 9. Juni-Russischen, eines Generals- und Professorencliques, hat eine halbsozialistische Parteifiktur aufgerichtet. Die arbeitende Bevölkerung ist politisch unterdrückt und wirtschaftlich bis zum Existenzminimum gedrückt. Die sozial fortgeschrittene Entwicklung des Landes ist lediglich ein fernes Räuber. Der Ruf nach einer konstitutiven Regierung wird täglich stärker. Dennoch: Die Zukunft steht den vereinigten bulgarischen Sozialisten gegenüber.

General Sabornia, Italiens erster und wenig erfolgreicher Generallieutenant im Weltkrieg, liegt in Bordighera im Sterben.

Die Brandkatastrophe in der Schönleinstraße

Ein Toter und 32 Verletzte. — Die Ursachen der Explosion.

Die furchtbare Brandkatastrophe in der Schönleinstraße 5, eine der schwersten, die jemals in der Hauptstadt zu verzeichnen war, hat das erste Todesopfer gefordert! Der Inhaber der Möbelfabrik im 2. Stockwerk, der sich durch einen Sprung aus dem Fenster seines Bureaus in Sicherheit bringen wollte, Paul Haselitz aus der Viktoriastraße 3 zu Tempelhof, ist gestern nachmittag um 15 Uhr seinen schweren Verletzungen im Urban-Krankenhaus erlegen.

Hauslich hatte bei dem Sturz schwere Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitten, so daß alle ärztlichen Bemühungen vergeblich waren. Im Urban-Krankenhaus liegen noch neun Schwer- und 23 weniger Schwerverletzte daneben. Der Zustand zweier junger Mädchen, die Verletzungen am ganzen Körper erlitten haben, gibt zu ernstem Besorgnissen Anlaß. Es besteht kaum Hoffnung, die beiden jungen Menschen am Leben zu erhalten. Der Zustand der übrigen Schwerverletzten ist unverändert. Die große Zahl der Leichtverletzten, die durchweg stark handgelenkt sind, werden ebenfalls noch mehrere Tage im Krankenhaus verbleiben müssen. Die Namen der Verletzten sind: Emma Eiser, Reußföln, Reuterstraße 6, leicht verletzt; Meta Freier, Hohenzollernstr. 26/27, leicht verletzt; Klara Fischer, Berlin, Schönleinstr. 31, schwer verletzt; Wilhelm Guadt, Berlin, Steinmühlstraße 1, leicht verletzt; Frh. Hoffmann, Tempelhof, Viktoriast. 5, leicht verletzt; Walter Hoffmann, Berlin, Bergmannstr. 26, leicht verletzt; Dora Hoffmann, Reußföln, Berliner Str. 88, leicht verletzt; Gertrud Hoffmann, Reußföln, Bellestr. 50, leicht verletzt; Hermann Hunneshagen, Berlin, Tallasstr. 12, schwer verletzt; Margarete Joha, Reußföln, Johann-Huß-Str. 9, leicht verletzt; Gerda Jopp, Trepptom, Gracchstr. 12, leicht verletzt; Hertha Kube, Berlin, Montagenstr. 9, leicht verletzt; Eilfriede Krause, Reußföln, Donaustr. 25, schwer verletzt; Hertha Korgen, Reußföln, Reuterstr. 11, leicht verletzt; Margarete Kull, Reußföln, Steglitzerstr. 21, leicht verletzt; Albert Mohr, Reußföln, Hohenzollernplatz 3, leicht verletzt; Margarete Mayer, Reußföln, Wilmannsstr. 13, leicht verletzt; Gustav Meise, Reußföln, Jägerstr. 11, leicht verletzt; Will Name, Berlin, Urbanstr. 65, leicht verletzt; Axel Neumann, Berlin, Radchammstr. 42, leicht verletzt; Margarete Schmale, Reußföln, Bodestr. 20, leicht verletzt; Erna Spielberg, Reußföln, Reuterstr. 13, schwer verletzt; Paul Stier, Berlin, Subener Str. 58, leicht verletzt; Frh. Trostl, Berlin, Alexandrinenstr. 50, schwer verletzt; Edith Thamm, Reußföln, Hermannstr. 63, schwer verletzt; Luise Schmidt, Berlin, Steinmühlstr. 66, leicht verletzt; Charlotte Schönmann, Reußföln, Prinz-Handberg-Str. 10, leicht verletzt; Charlotte Schulze, Reußföln, Prinz-Handberg-Str. 30, leicht verletzt; Elenore Jallot, Reußföln, Kaiser-Friedrich-Str. 66, leicht verletzt; Klara Walsdorf, Schöneberg, Belgier Str. 62, schwer verletzt; Pauline Widmann, Reußföln, Reuterstr. 92, leicht verletzt. — Unter den Schwerverletzten befindet sich auch der Kaufmann Fritz Trögel aus der Alexandrinenstr. 50, der Inhaber der Firma Dr. Becker u. Co. ist.

Am der Brandstätte.

Auf der Brandstätte in der Schönleinstraße, die während des ganzen Nachmittags von einer großen Schar Schaulustiger besetzt war, gingen die Vörsarbeiten der Feuerwehr ununterbrochen weiter. Nach um 16 Uhr brannten das dritte und vierte Stockwerk sowie der darüberliegende Dachstuhl fast aus. Erst volle zwei Stunden später konnte die Gefahr als befehigt gelten. Die Aufräumungsarbeiten gehen in dem ausgebrannten Fabrikgebäude wegen der außerordentlichen großen Einsturzgefahr nur sehr langsam voran. Um 7 Uhr abends wurden die Arbeiten vorläufig eingestellt, ein Löschzug übernahm die Brandwache, da mit allen Möglichkeiten gerechnet werden muß. Die Brandstätte selbst bietet den Anblick trostloser Verwüstung. Von dem stattlichen vierstöckigen Fabrikgebäude stehen nur noch die Umfassungswandern, alles übrige, Maschinenanlagen, fertige Möbel, Pianos, Werkbänke usw. sind ein Raub der Flammen geworden. Am schlimmsten sind die Beeinträchtigungen im zweiten

Stockwerk, dem Hauptbrandherd, wo ein kaum beschreibliches Durcheinander herrscht. Die Gerüche, daß unter den Trümmern noch Tote liegen, haben bisher glücklicherweise keine Bestätigung gefunden; da aber ein großer Teil der Trümmer noch nicht fortgeschafft ist, bleiben die Gerüche vorläufig unüberlegt. — Die Wohnungen des an das Fabrikgebäude angrenzenden Seitensüdgangs sind durch Feuer- und Wasserschaden stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Mehrzahl der Mieter mußte ihre Wohnungen verlassen und bei Bekannten unterkommen suchen. — Insgesamt wurden etwa 200 Feuerverletzte bei dem Brande beschäftigt, von denen einige auch Brandwunden erlitten.

Die Ursache der Explosion.

Das Unglück ist Gegenstand eingehender kriminalpolizeilicher Untersuchungen. Die Katastrophe soll nach den bisherigen Ermittlungen durch die Fahrlässigkeit eines jungen Mädchens (einer Bierzechnjährigen?) entstanden sein. Sie war in einem Räume angeblich damit beschäftigt, Zelluloidabfälle unter einem Prägestempel zu Platten zusammenzupressen. Um eine Bindung herzustellen, wird der Stempel erwärmt. Das geschieht mit Hilfe einer Gasflamme, die mit einem Rohr herangeleitet wird. Die junge Arbeiterin hatte nun zum Entzünden der Flamme nicht ein Zündholz, sondern einen Streifen Zelluloid verwendet, der in ihrer Hand sofort aufblühte. Sie warf es, als das Feuer ihre Finger traf, weg und unglücklicherweise fiel der brennende Zelluloidspan in einen Kasten mit anderen Abfällen, der auf dem Tische stand. In ihrem Schrecken warf das Mädchen den Kasten vom Tisch, der dabei auf mehrere Sätze fiel, die mit Abfällen gefüllt waren und zur weiteren Verarbeitung bereit standen. Im Nu gab es eine ungeheure Stichflamme, von der alle in dem Räume beschäftigten Arbeiterinnen getroffen und größtenteils schwer verletzt wurden.

Die Brandkatastrophe hat in der Umgegend unter den Bewohnern die größte Aufregung hervorgerufen, und gegen die Behörden werden sehr scharfe Vorwürfe laut. Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, wie es trotz der behördlichen Aufsicht möglich war, daß ein Fabrikationsbetrieb, der mit derartig gefährlichen Chemikalien arbeiten muß, in einem Gebäude untergebracht sein durfte, das, wie die schwierigen Vorkarbeiten gezeigt haben, in feuerpolizeilicher Hinsicht keineswegs den Vorschriften entspricht. Vor allem die Tatsache, daß es den Arbeitern und dem Personal nicht gelingen konnte, ins Freie zu gelangen, da die Fabriktrappe schon gleich zu Beginn des Brandes zusammenstürzte, wird als Beweis dafür angesehen, daß von der Bau- und Feuerpolizei nicht mit der genügenden Sorgfalt in diesem Falle vorgegangen worden ist, und daß man nicht auf die Erfüllung aller Vorschriften geachtet hat.

Die hohe Feuergefährlichkeit des Zelluloids, dessen Namen man auf Zellkorn verdeutschten wollte, stammt aus seiner Herstellung, bei der Zellstoff (Zellulose) mit Salpeter- und Schwefelsäure „nitriert“ (verstickt) und dann mit Kompressor behandelt wird. Davon bleibt ein Teil in dem Produkt, nämlich dem Zelluloid, enthalten, das ja auch ziemlich stark nach Kampfer riecht. Eben diese Dämpfe sind es, die äußerst leicht Feuer fangen, und der Kohlenstoff, auf den es übergreift, ist selbst äußerst brennbar. Nun wird Zelluloid in der Industrie sehr viel verwendet. Wenn auch seit der Sublimationsebene hochfestenartigen Traggänge von den kleinen und größeren Mädchen nicht mehr getragen werden und wenn auch die Herstellung von anknüpfbaren Herrentragen und Ranschetten aus Zelluloid fast zurückgegangen sein dürfte, so sind dafür andere Gegenstände aus diesem schmelzbaren und leicht zu bearbeitenden Stoff in Aufnahme gekommen. Zelluloidspäne aber, die beim Dreheln und Fräsen von Zelluloid abfallen, sind ein viel verwendetes Rohmaterial, das, in Spiritus gelöst, nach Belieben gefärbt und dann geformt oder auch auf Stoffe zur Herstellung einer Art von Kunstleder aufgetragen wird.

Zelluloidbrände haben oft genug in Fabriken und Werkstätten gewütet und schwere Menschenopfer gefordert. Wir erinnern uns eines furchtbaren Unglücks, das im Jahre 1908 oder 1909 in einer Wiener Fabrik 17 Menschenleben durch Zelluloidbrand vernichtete. Dieses Unglück veranlaßte damals unseren Genossen Max Winter, Zelluloidbetriebe in der Provinz zu besichtigen, so auch in dem nordböhmisches Industriebezirk Gabling an der Neiße, wo in dem Ort Grünwald einige Zeit vorher ein Zelluloidbrand gleichfalls Todesopfer gefordert hatte. Winters Veröffentlichungen über die vielfach ganz ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen führten dann zu ihrer Verschärfung, und es sind seitdem, soweit wir uns erinnern, im Bereiche der Arbeitervorschriften Mit-Österreichs und seiner Nachfolgestaaten Menschenopfer durch Zelluloidbrände wohl vermieden geblieben.

Zur Entlastung des Halleischen Tors.

Von Linden- und Hollmannstraße nach Alte Jakobstraße.

Was wird aus den Plänen, die unerträglich gewordenen Verkehrszustände am Halleischen Tor zu bessern? Die Tiefbauverwaltung des Magistrats hat vor längerer Zeit einen Entwurf ausgearbeitet, der auf dem zu erweiternden Blücherplatz einen Kreisverkehr vorsieht. Dieser Vorschlag müßte wegen des notwendigen Ankaufs wertvoller Grundstücke so hohe Lasten verursachen, daß er wahrscheinlich auf viele Jahre hinaus unausführbar bliebe. Mit geringeren Mitteln ließe sich ein anderer Plan verwirklichen, der vom Bezirksamt Kreuzberg vorgeschlagen worden ist und auch schon die Zustimmung der Bezirksverammlung gefunden hat. Wie bereits vor Monaten im „Vorwärts“ dargelegt wurde, sollen östlich und westlich der Belle-Alliance-Brücke zwei von der Friedrichstadt kommende und südwärts bis in das Gelände von Tempelhof führende Entlastungsstraßen einen Teil des Verkehrs aufnehmen und dem Halleischen Tor fernhalten. Die östliche Entlastungsstraße kann einen schon vor dem Kriege geplanten Straßendurchbruch von der Ecke der Linden- und der Hollmannstraße zur Alten Jakobstraße benutzen und dann in der Jossener und der Friesenstraße ihre Fortsetzung finden. Dieser Straßendurchbruch soll in absehbarer Zeit hergestellt werden, so daß hiermit ein Teilstück der städtischen Entlastungsstraße zustande käme. Da aber inzwischen das Verkehrsbedürfnis sich weiter gesteigert hat, hielt das Bezirksamt Kreuzberg für nötig, den Straßendurchbruch statt der früher vorgesehenen Breite von nur 23 Meter eine Breite von 32 Meter zu geben.

Der Kampf im Zuchthaus.

Wir berichteten gestern über den blutigen Kampf im Zuchthausburger Zuchthaus. Die Justizprokuratorie in Königsberg teilt dem noch folgende Einzelheiten mit: Das Gespräch zwischen Berneder und seinem Verwandten Laak (nicht, wie zuerst gemeldet wurde, Kauf) fand in dem Berechnungszimmer der Strafanstalt statt. Laak war zu einer Unterredung mit Berneder zugelassen worden, weil er ihm auch im vergangenen Jahre zu Weihnachten besuchte und mit ihm in Briefwechsel gestanden hatte. Ueber die Persönlichkeit des Laak ist noch nichts Näheres festgestellt. Er hatte zwei Pässe bei sich, von denen der eine offenbar dem Berneder zur Flucht dienen sollte. Das sah im Speichzimmer zugetragen hat, weiß außer Laak niemand. Man hörte plötzlich im Zimmer einen oder mehrere Schüsse fallen. Dann stürzten zuerst die beiden Berneder aus dem Zimmer und der Hauptwachtmeister Zacharias hinter ihnen her. Auf dem Flur erwiderte sich ein Ringen zwischen Berneder und dem Strafanstalts-wachtmeister Kaufel sowie zwischen dem Hauptwachtmeister Zacharias und Laak.

59] Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brigg.

Copyright 1927 by J. M. Spooth Verlag, Berlin.

Er schmeigt und spielt mit seinem großen Löffelmesser. Nach einer Weile sage ich: „Siehst du auch Figuren im Boden?“ Als Kinder sahen wir immer Figuren. Ich war einmal auf Besuch bei meinen beiden Freunden auf dem Lande, es war Sommer, und wir Kinder mußten um 9 Uhr in die Kammer. Da wir aber noch gar nicht müde waren, sahen wir uns auf die Fensterbänke und versuchten in den Baumwipfeln Figuren zu sehen. Ich erinnere mich an eine riesige Eiche, der Himmel dahinter war noch hell und schien an machen Stellen durch ihre Zweige. Einmal bildeten diese einen Hirsch, einmal eine Fledermaus, wir sahen es alle drei. Eines Abends aber erkannten wir Bismarck, und sogar mit Pfeife.“

Mein Kamerad entgegnet: „Als ich ein Junge war und noch kein Knabe wurde ich manchmal mit meinem Vater auf den Kahn. Ich weiß nichts mehr aus dieser Zeit, nur daß wir immer hinter einem Walde von Schilf ankerten, und meines Vaters Pfeife sentrecht über meinem Kopfe hing. Es war Abend, die Sonne stand wohl tief, und ich sah, daß sich die Schilfhalme hin und her beugten. Es waren dann die Schatten da, und diese Schatten ängstigten mich immer. Sie sprangen wie toll an den Halmen auf und ab wie kleine Mäuse oder Wasserläche. Ich erschrak und hob meine Augen nach der Pfeife meines Vaters empor, die wie eine Glocke über mir hing, regungslos und ganz schwarz. Da'n wird es dunkel und plötzlich springt ein Fisch über die Wasseroberfläche, noch einer — und dann ist meine Furcht vorbei, trotz der Dunkelheit, die niedersinkt.“

Nach einer Weile fährt er fort: „Mein Vater ist ein guter Mann, er gehört zu einer Sorte, die unter den Fischern verbreitet ist. Er ist blond, daß man es nicht merken wird, wenn er einmal graues Haar bekommt. Als Jung war ich wild und jähornig, und er ermahnte mich oft, mich zu bändigen. Wenn ich die Fische ausnahm, hatte ich mit meinem Messer wie ein Belesener zu und schleuderte in meiner Wut das Ausgeschnittene über Bord. Mein Vater aber wurde

dann brummig, so sehr er konnte, und er konnte nicht sehr. Er sagte: Wir fangen nicht mehr Fische, als wir brauchen, um zu leben. Wir nehmen ihnen das Leben aus mit Schmerzen, schnell, und ohne zuviel zu schneiden. Das Ausgenommene aber kommt an Land, man verbirgt es vor den Fischen, um sie nicht zu verwirren. — So sagte er auf Platt, und einen Augenblick lang schämte ich mich, aber nicht länger.“

Klees, der erwacht ist, erzählt: „Als Knabe hatte ich eine Freundin, der war grausam. Eines Tages spielen wir in den Anlagen bei der Kirche, da schlägt er eine Hummel tot und zerlegt sie. Sodann zieht er mit einer Nadel die Honigblase heraus, die er aufsieht. Jeden Nachmittag tat er es, und immer zwang er mich, mitzugehen und ihm zuzusehen.“ Und er fügt wie ein alter erfahrener Lehrer hinzu: „Es gibt nichts Grausameres, als Knaben.“

Albering hat seinen Gedanken weitergesponnen, er erzählt: „Möglich, daß mein Vater schon grauhaarig ist, man kann es nicht feststellen. — Uebrigens sagte er dies: Alles Leben ist heilig. Du lebst, und ich lebe, wir wollen tun, was recht ist, also ist unser Leben heilig. Die Fische tun auch, was recht ist, soweit sie es wissen, darum sind auch sie heilig. Wir aber wissen genau, was recht ist, darum müssen wir danach tun.“

Ich war schon ein klügerer Wasservogel und fragte: „Wie ist es bekannt geworden, Albering?“

Er sagte: „Wir wissen es aus der heiligen Schrift, der Herr Jesus hat es offenbar gemacht und seine Gebote gegeben, die für uns Gottvater ausgemünzt hat. Insbesondere die zehn, die du kennst.“

„So darf ich keinen Fisch ausschneiden?“ fragte ich.

„Man darf es“ — sagte er — „denn Jesus selbst hat mit Fischern gelebt und ihnen gute Fänge gegeben, auf daß sie nicht hungerten. Heilig ist das Leben, am meisten aber das der Menschen. Also darf man Fische ausschneiden, aber nicht mit Lust, sondern mit Besinnung.“

Klees flüstert: „Aber auf diese Frage: Darf man Menschen töten?“

„Hast du es vor, Tierlein?“ sagt Albering.

„Welch eine Redensart von dir,“ äurnt mein Nachbar. Sodann mocht er sich platt und kriecht durch die Eingangshöhle, um sich auf den Postenstand zu begeben. Kaum ist er fort, so sieht man sechs Betreuer von Offizieren nordgehen, die hellen Schätze des Rittmeisters an der Spitze.

Albering hat sein Gesicht geneigt und zeichnet mit dem Messer neben sich auf die Erde. Nach einer Weile sagt er leise: „Freilich sind das alles Redensarten.“

„Weshalb sind es nur Redensarten?“

Er sticht sein Messer bis ans Heft in den Boden und flüstert, indessen sich das Licht von draußen in seinen Augen zu schaffen macht: — „Wir sind alle schwach und wimmeln in der erbärmlichsten Menschheit herum. Die meisten wissen es nicht und sind glücklich. Sie sind christlich getauft, und der Pfarrer nennt sie Christen. Sind aber keine. Wir aber, die erkannt haben und tun nicht danach, sind weniger als sie, nämlich Unchristen.“

„So darf man aller Dinge nicht töten, meinstest du?“

„So meinte ich.“

„Um keinen Preis?“

„Um keinen Preis; denn Jesus hat kein Ausnahmegebot gegeben, das für den Krieg der Völker Geltung hat. Sie zaubern es einem vor. Es ist aber Lüge.“

„Als ich auf dem Seminar war, wohin mein Vater mich schickte, erzählte ich ihm einst von der herrlichen Schlacht bei Sedan. Ich baute ihm die ganze Lage auf — ein Kübel mit toten Fischen war Sedan, rund um den Eimer lagen die deutschen Armeekorps, genau nach der Karte, auch von Fischen dargestellt, und ein Stör war darunter, das war Roltke. Da fragte mein Vater: „Lernst man es euch so?“ —

„Genau so, Albering“ — sagte ich.

„So ist es eine schlechte Schule und keinen Pfennig wert. Du bist kein Christ mehr mit deinem Fischspiel, das du da machst — schmeiße sie in den Eimer!“ —

Er war zornig und hätte mich von der Schule genommen, wenn ich ihm nicht über gewesen wäre, mit der Schnauze nämlich. Er gab auch wirklich keinen Pfennig mehr her, so daß ich Stunden geben und Almosen nehmen mußte, alles, weil ich den Ehrgeiz hatte, ein Lehrer zu werden.

Wurde es auch, ein richtiger Schulmeister, der das sagt, was sie alle sagen — daß der Himmel heiter ist, daß die Franzosen manchmal keine Hosen anhaben, und daß die Kinder in der Schule die Hände falten müssen, sonst kommt der Knäuel. Man nennt es: die Kinder fürs Leben erziehen. Und die Kinder machen dann Augen... Augen wie kleine Hosen... Schluß mit dem Bequassel, laß uns lieber schlafen!“

„Dann denkt man nicht,“ pflichte ich bei, und wir machen uns noch einmal lang.

(Fortsetzung folgt)

Ein neues Schauspielertheim.

In den nächsten Tagen wird das neue Schauspielertheim der Bühnengenossenschaft für engagamentlose und unbemittelte Bühnengedächte in der Anhaltstr. 3 eröffnet.

In der dritten Etage des Hauses Anhaltstr. 3 wurde von der Bühnengenossenschaft dieser Tagesaufenthaltsraum, verbunden mit Restaurationsbetrieb, für bedürftige Bühnemitglieder geschaffen. Zwei große geräumige Säle, wo es für 30 Pf. ein vollständiges Mittagessen, für 50 Pf. ein warmes Abendbrot und für 15 Pf. eine Tasse Kaffee gibt, dienen dem leiblichen Wohl der Gäste. Das Essen wird abweichend von der Tradition von flinken Pagenhänden serviert. „It schon besser so“ meint die Wirtschaftlerin. „Die Herren haben hier jetzt Zeit und die Mädchen schälen hier so gerne, sicher ist sicher.“ Dann gibt es hier einen Schreib- und Leseraum, einen Aufenthaltsraum für Raucher und einen für Nichtraucher und ein Bibliothekszimmer. Das Heim ist von morgens bis abends geöffnet und jeder kann bleiben, solange er Lust hat. Viele haben ihr Scherlein dazu beigetragen, daß dieses Niederwert zustande kam. Zuwendungen der Stadt und des Kultusministers, der Erlöse aus den Schauspielernachstellungen zugunsten der Wohlfahrtskassen der Bühnengenossenschaft haben die finanzielle Grundlage, außerdem stifteten verschiedene Firmen eine Reihe von Einrichtungsgegenständen. Im neuen Heim werden sich die Bühnemitglieder zusammensuchen, Freud und Leid aus dem Berufsleben wird ausgetauscht, man hört dies und jenes, aus dem sich manchmal wieder irgendeine Engagementmöglichkeit ergibt, und vor allem: man soll sich für billiges Geld satt essen können, braucht keine allzu viele freie Zeit nicht ziellos auf der Straße herumwandern oder zu Hause in der Idem, meist kalten Bude hocken.

Das frühere Schauspielertheim in der Karlstraße, eng, primitiv, ganz oben, fast unter dem Dach gelegen, erfüllte so gar nicht seinen Zweck. Es wirkte deprimierend, statt aufmunternd, und rief all den betrunknen und stotternden Bedrängten so recht das Verzweifeln ihrer Lage vor Augen. In der Anhaltstraße ist es dagegen hell, freundlich und warm, hier kann man sich wohl fühlen.

Er trank sich „Mut“ an! Eine traurige Szene im Gerichtssaal.

Vor dem Schöffengericht Mitte stand gestern mittag eine Verhandlung gegen den 61jährigen Bauwächter Emil Hornick an. Er hatte ein neunjähriges Mädchen in seine Stube gelockt und war nun wegen Blutschuldvergehens angeklagt. Der bisher unbestrahlte Angeklagte hatte sich aus Angst vor der Strafe vorher Mut angetrunken und daher etwas zu tief ins Glas geichen. Schon vor Beginn der Verhandlung lag er völlig betrunken auf dem Flur des alten Kriminalgerichts lang ausgefräht auf einer Bank. Als seine Sache aufgerufen wurde, mußten ihn zwei Justizwachmeister an den Armen in den Saal schleifen und auf die Anklagebank legen. Die Frage des Vorsitzenden beantwortete er fallend mit den Worten: „Müens dummes Zeug.“ Der Gerichtspräsident, Sanitätsrat Dr. Bepmann, mußte die Frage, ob der Angeklagte in diesem Zustand verhandlungsfähig sei, verneinen. Das Gericht sah sich daher genötigt, die Verhandlung zu vertagen. Von der Verhandlung einer Ordnungsbefehl wurde bei dem Geisteszustand des Angeklagten, der an sich schon schwachsinig ist, abgesehen. Landgerichtsdirektor Krndt brohte dem Angeklagten aber an, daß er, wenn er wieder betrunken vor Gericht erscheinen sollte, 24 Stunden eingesperrt würde, um in der Zelle seinen Rausch auszuscheiden. „Mir dünnt Ihr doch nicht verurteilen“, stammelte der betrunkene Angeklagte, als er aus dem Saal montie.

Die Stadtschaft Brandenburg.

Die Stadtschaft der Provinz Brandenburg hatte am Dienstag Vertreter der Behörden, des Provinziallandtages, der Banken und der Presse zu einer Besichtigung ihrer neu hergestellten Büroräume eingeladen. In der Viktoriastraße 20 wurden aus einer Reihe von Büden durch den Architekten Seltsberg vorbildliche Kassen- und Trefferäume geschaffen. Die Besichtigung zeigte, daß die Leitung der Stadtschaft der Provinz Brandenburg auch großen Wert darauf gelegt hat, für die Angestellten vorbildliche Arbeitsräume zu schaffen. In seiner Begrüßungsansprache wies der Generaldirektor Heinze darauf hin, daß es der Stadtschaft trotz der schwierigen allgemeinen Lage in enger Zusammenarbeit mit der Provinzialverwaltung Brandenburg gelungen sei, im erheblichen Umfang zur Bänderung der Realteilhaber des städtischen Hausbesitzes beizutragen. Neuerdings wendet die Stadtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit der Neubausanfertigung in Stadt und Land. So konnten im Jahre 1928 mit Hilfe der Stadtschaft durch Begebung von 12 685 000 M. ersten Hypotheken 2203 Wohnungen errichtet werden. Der Gesamthypothekenbestand der Stadtschaft der Provinz Brandenburg beläuft sich zurzeit auf rund 68 Millionen und 6 Millionen Aufwertungsanforderungen. Zur Beschaffung ihrer Mittel bedient sich die Stadtschaft seit sechs Jahren zusammen mit den anderen sieben der Zentralstadtschaft angehörenden Stadtschaften des Zentralhypothekendarlehens der Preussischen Zentralstadtschaft, deren Pfandbriefumsatz zurzeit rund 180 Millionen Mark beträgt. Der Absatz der Pfandbriefe selbst u. a. immer noch an der Belastung der Rendite durch die Kapitalertragssteuer, an der namentlich das Ausland Anstoß nimmt. Der Verwalter der Stadtschaft der Provinz Brandenburg hat eine Entscheidung gefaßt, in der die bisherige Aufhebung dieser Steuer im Interesse des städtischen Realteilhabers dringend gefordert wird. Nach der Besichtigung wurde im Landeshaus der Provinz Brandenburg ein Film über das Aufgabengebiet der Stadtschaften gezeigt.

Winterfahrt nach Reinerz.

Der Skifortentwurf des Jugendamts Lichtenberg hatte die städtische Zahl von 40 Teilnehmern aufzuweisen. Den Abschluß des Kurses bildete eine Filmmführung über die Erbergetechnik am 16. Dezember im städtischen Jugendheim Guntersdorf 44. Von den Teilnehmern nehmen an der Fahrt des Stadtworts für Leibesübungen ins Elger Gebirge Inspektors 23 teil. Am 23. und 26. Dezember erfolgt die Abfahrt, die Rückkehr zu Neujahr.

Neuregelung der Hauszinssteuer.

Der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) hat zu dem neuen Gesetzentwurf über die Hauszinssteuer folgende Entscheidung gefaßt:

Der am 8. und 9. Dezember 1928 in Magdeburg versammelte Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. nimmt von dem neuen Entwurf des Gebäudenutzungssteuergesetzes, der dem Reichstag soeben zugegangen ist, Kenntnis und erhebt gegen die geplante Neuregelung der Hauszinssteuer, die praktisch deren Abbau zugunsten des Hausbesitzes bedeutet, scharfen Protest.

Gegenüber dem neuen Gesetzentwurf stellt der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. folgende Forderungen auf:

1. Der Geldwertungsgewinn des bebauten Grundbesitzes ist durch Reichsgesetz dauernd für öffentliche Zwecke zu erfassen.
2. Bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungsengpases ist das Aufkommen aus der Besteuerung dieses Geldwertungsgewinnes ausschließlich für die Zwecke des Woh-

Der Arbeiter hört zu!

Interessante Versuche der „Deutschen Welle“.

Sechs Personen sitzen an einem runden Tisch! Der Ministerialrat Prof. Wolke, die Arbeiterin am Fleißband Marquard, der Arbeiter Limkowski, der Dreher Koch, der Werkzeugmacher Goeß und Dr. Würzburger. Vor ihnen stehen zwei Mikrophone: die „Deutsche Welle“ überträgt die von Wolke geleitete „Arbeiterstunde“, in der diesmal in der Form von Zwiesgesprächen das Thema: „Nationalisierung und Arbeiterfrage“ behandelt wird. Vollkommen zwanglos, als ob man eben nur am Tisch säße, leitet Wolke die Diskussion ein. Die Fragen werden von ihm gestellt, das Wesen und die Formen des Problems hat der Arbeiter von seinem Standpunkt aus selbst zu behandeln. Gleich nach der ersten Frage befindet sich die Gesellschaft mitten im Thema, das die Nationalisierung als Leistungsteigerung herauszuarbeiten und die fünf Gesichtspunkte der Arbeitstechnik, der Arbeitsorganisation, der Rationalisierung, der Energieeffizienz und der Transportwirtschaft behandelt. Die Redner erkennen, daß die Nationalisierung eine Zwangsmöglichkeit für unsere Wirtschaft darstellt. Um sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu halten, die Aufgabe besteht darin, eine Verbindung zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Wirtschaft zu finden. In diesem Sinne muß auch die Frage des Menschen im Produktionsprozess zu behandeln sein. Am Schluß der Unterhaltung teilte Prof. Wolke mit, daß diese theoretische Auseinandersetzung, die in einem solchen Kreise zum erstenmal stattfand, zunächst nur ein Versuch sein soll, der immer weiter ausgebaut wird. Sein glückliches Ergebnis zeigt vor allem die übrigen Sendeleitungen, ähnliche Arbeiterstunden einzurichten. Hier hört der Arbeiter zu, an der Schilderung seiner Umgebung ist er interessiert, weil sein Arbeitsgenosse selbst zu ihm spricht, ihm das alles wirklichkeitsnah macht, was sonst unbewußt geduldet wäre und gequält

hat. In diesen wenigen Augenblicken ist der Rundfunk, bisher ein gruppenpsychologisches Instrument, zum erstmalig ein Erzieher geworden, der auf die individual-psychologische Einstellung des Zuhörers einwirkt. Vielleicht, nein sicherlich wird der eine oder andere Zuhörer auf den Gedanken kommen, selbst durch das Mikrophon sprechen zu wollen. Das passive Verhalten der Rundfunkteilnehmer wandelt sich in aktive Mitarbeit um, die in einer Unterhaltung vom Arbeiter durch das Mikrophon zum Arbeiter ihren stärksten Niederschlag findet.

Der Arbeiter Limkowski wird am kommenden Sonntagabend im gleichen Kreise von seiner Drehbank sprechen. Wieder wird auf das Fragefeld die Antwort folgen. Bis zum nächstenmal werden die Teilnehmer das Mikrophon lieber vergessen. Dadurch wird die Unterhaltung prägnanter, abgerundeter und noch lebendiger werden, zumal ohne Manuskript gesprochen wird. Derartige kontributorische Gespräche und Vorträge können zur Lösung schwerigster wirtschaftlicher und politischer Probleme beitragen. Rundfunkreportage durch Fabriken und Bergwerke, Unterhaltungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber würden so manches klarer gestalten, wenn die Vorträge auf der gleichen Grundlage wie die „Arbeiterstunde“ der Deutschen Welle geführt werden. Noch aber haben die von Prof. Wolke und Dr. Würzburger vorgenommenen Versuche die von der Leitung der „Deutschen Welle“ gefördert worden sind und in ein vollkommen neues Arbeitsgebiet des Rundfunks führen, keine Nachahmer gefunden. Man begnügt sich trotz der Vorzüge und jahrelangen Versuche mit einigen Vorträgen, die an der Berufswelt eines Arbeiters vorbeiziehen. Dafür sind aber leider nicht nur die Programmfachverständigen der Sendegesellschaften verantwortlich zu machen.

Der Arbeiter hört zu!

Interessante Versuche der „Deutschen Welle“.

Sechs Personen sitzen an einem runden Tisch! Der Ministerialrat Prof. Wolke, die Arbeiterin am Fleißband Marquard, der Arbeiter Limkowski, der Dreher Koch, der Werkzeugmacher Goeß und Dr. Würzburger. Vor ihnen stehen zwei Mikrophone: die „Deutsche Welle“ überträgt die von Wolke geleitete „Arbeiterstunde“, in der diesmal in der Form von Zwiesgesprächen das Thema: „Nationalisierung und Arbeiterfrage“ behandelt wird. Vollkommen zwanglos, als ob man eben nur am Tisch säße, leitet Wolke die Diskussion ein. Die Fragen werden von ihm gestellt, das Wesen und die Formen des Problems hat der Arbeiter von seinem Standpunkt aus selbst zu behandeln. Gleich nach der ersten Frage befindet sich die Gesellschaft mitten im Thema, das die Nationalisierung als Leistungsteigerung herauszuarbeiten und die fünf Gesichtspunkte der Arbeitstechnik, der Arbeitsorganisation, der Rationalisierung, der Energieeffizienz und der Transportwirtschaft behandelt. Die Redner erkennen, daß die Nationalisierung eine Zwangsmöglichkeit für unsere Wirtschaft darstellt. Um sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu halten, die Aufgabe besteht darin, eine Verbindung zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Wirtschaft zu finden. In diesem Sinne muß auch die Frage des Menschen im Produktionsprozess zu behandeln sein. Am Schluß der Unterhaltung teilte Prof. Wolke mit, daß diese theoretische Auseinandersetzung, die in einem solchen Kreise zum erstenmal stattfand, zunächst nur ein Versuch sein soll, der immer weiter ausgebaut wird. Sein glückliches Ergebnis zeigt vor allem die übrigen Sendeleitungen, ähnliche Arbeiterstunden einzurichten. Hier hört der Arbeiter zu, an der Schilderung seiner Umgebung ist er interessiert, weil sein Arbeitsgenosse selbst zu ihm spricht, ihm das alles wirklichkeitsnah macht, was sonst unbewußt geduldet wäre und gequält

Obermeister Paeths Niederlage. Mit 754 gegen 245 Stimmen unterlegen!

Die am 17. Dezember unter Leitung des Magistratskommissars Stadtrat Dr. Treitel vorgenommene Vertreterwahl der Berliner Tischlerinnung brachte die völlige Niederlage des bisherigen Obermeisters Paeth und seines Anhangs. Von 1012 Wählern wurden 690 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielt die Opposition 754 Stimmen, die Liste Paeth 245 Stimmen. Durch den überragenden Sieg der Arbeitsgemeinschaft der Berliner Tischlermeister besteht für Paeth keine Möglichkeit mehr, bei der in etwa sechs Wochen stattfindenden Wahl des Innungsverbandes durch die Vertreterversammlung auch nur einen Vorstandsposten in der Tischlerinnung zu belegen.

Das Recht des Müllers von Mahlsdorf.

Die Stadt Berlin kaufte im Jahre 1919 das Gut Mahlsdorf zu Siedlungszwecken. Innerhalb des Gutsgeländes liegt eine Windmühle, die samt dem Mühlengrundstück nicht dem Gutbesitzer gehörte und nicht mitgekauft wurde. Zugunsten dieses Mühlengrundstückes ist das Gut Mahlsdorf mit einer Grunddienstbarkeit belastet, die namentlich auch nach dem Gutserwerb in Kraft blieb. Damit der Mühle nicht der Wind abgefangen wird, darf man sie herum auf 150 Meter Entfernung sein Gebäude errichtet werden. Außerdem muß von der Mühle bis zur Straße W. Mahlsdorf ein 4 Meter breiter Fahrweg über das Gutsgelände hinweg freigehalten werden. Diese „Mühlengerechtigkeit“ beeinträchtigt für einen großen Teil des die Mühle umgebenden Gutsgeländes die Ausnutzungsmöglichkeit. Etwa 50 000 Quadratmeter (gleich 20 Morgen) werden davon betroffen. Bei Verhandlungen mit dem Mühlenbesitzer, die früher mehrfach geführt wurden, erwies sich die Wahrung der Last als unüberwindlich. Soll das Gut wirtschaftlich vorübergehend aufgelassen werden, so bleibt nur übrig, daß die Stadt die Mühle samt dem Mühlengrundstück erwirbt. Der Müller hat sich bereit erklärt, das 1571 Quadratmeter große Mühlengrundstück mit der Mühle und der Mühlengerechtigkeit für 19 500 Mark zu verkaufen. Das Grundstück hat einen Wert von 6000 Mark, der Wert der Mühle wird auf 8000 Mark geschätzt, es bleiben also für den Wert der Mühlengerechtigkeit 3200 Mark. Der Magistrat will auf den Kauf eingehen, um den unbehaglichen Nachbarn los zu werden.

500 Kinder ohne Turnhalle.

In Richterstraße, früher eine der reichsten Gemeinden Berlins, hat die 12. Volksschule in der Kastanienallee immer noch keine Turnhalle. Obwohl die Schule schon über 33 Jahre besteht, müssen die Kinder heute noch eine halbe Stunde Weg machen und in einer entfernt gelegenen Turnhalle ihren Unterricht nehmen. Alle Klagen der Eltern dieser Kinder waren bisher ohne Erfolg. Bei stärkstem Regen, bei größter Kälte wird den Kindern dieser Schulweg zugemutet. Die Anstaltsleitung hat aus Mitleid mit den Kindern zwar versucht, die Turnstunden im eigenen Gebäude durchzuführen. Die Kinder mußten dann eben auf den Fluren Freiübungen machen. Zurzeit wird der neue Etat vorbereitet, und es ist zu wünschen, daß endlich einmal dieser Mangel beseitigt wird. Wenn auch die frühere Gemeinde sich nur verpflichtet fühlte, für die höheren Schulen zu sorgen, so hat gerade die Stadt Berlin als eine der wichtigsten Aufgaben zu betrachten, die vernachlässigten Volksschulen zu betreiben.

Wiederaufrichtung des Falles Husmann?

Der gesetzliche Vertreter Husmanns, sein Vorgesetzter, ist beauftragt worden, Husmanns Aufzeichnungen während seiner Unternehmungshaft, die ein Schlaglicht auf die kriminalpolizeilichen Unternehmungsmethoden werfen, zu veröffentlichen. Offenbar ist mit der Veröffentlichung, die sensationelle Einzelheiten über die Vernehmung Husmanns ans Licht bringen soll, die Wiederaufrichtung der Nordangelsphenen Daube zur Rehabilitierung Husmanns beabsichtigt. Die Aufzeichnungen Husmanns sind unmittelbar nach seinem Vernehmung im Gefängnis niedergeschrieben.

Die Zeit des Buches.

Bücher sollen natürlich auf dem Weihnachtsmarkt liegen. Wer was soll man kaufen? Wie sich hindurchfinden durch die ungeheure Menge von Neuem und Altem auf dem Büchermarkt, wie das wertvolle und fortschrittliche Buch aus dem Haufen des Unnützlichem herauszufinden? Hier hilft und berät die Parteibuchhandlung A. H. W. Dieß nach, in der Lindenstraße 2.

Ein Gang durch ihre Räume zeigt jedem, daß man mit Erfolg bemüht ist, den Partei- und Gesinnungsgenossen, also besonders dem Arbeiter und Angestellten, eine Buchhandlung zu schaffen, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, eine Sammelstelle für das sozialistische, freiheitliche und freisinnige, also mit einem Wort das gute Buch zu sein. Der Bücherfreund findet dort alles. Rat und Auskunft in jeder Buchangelegenheit, Literatur aus allen Gebieten: Geographie, Gartenbau und Kochbücher, ebenso wie Werke über Kunst, Natur und Philosophie. Er findet dort die Werte von Jack London, Sinclair, Hauptmann, Coetz, die sozialistischen Klassiker Marx, Engels, Plechanow und Besel, Naturwissenschaftliches von Böhm, Bürgel und Grottel. Es fehlt ebenwichtig der unterhaltsame Schweiß und sein deutsches Gegenstück, der Schamp, wie die großen Anti-epromane: „Sereant Gritka“, „Soldat Suhren“, „Drei Soldaten“, „Nahkampf 1902“ und „Der Krieg“. Allerdings findet man hier kein Werk, das Unternehmungslust, Reaktion und kleinliches Spießbürgertum verkörpert. Ganz besondere Sorgfalt ist der Auswahl der Jugendchriften gewidmet. Wir finden hier neben den guten Jugendchriften des Dieß-Verlags die Bücher von Ewald und Rober, den erstürzten Dr. Dollfus, die Reisebestrebungen des Verlags Prochman, die große Reihe der prächtigen Tierbücher von Böhm, Brehm, Ewald und vielen anderen. Ganz erstaunlich ist die große Anzahl von außerordentlich billigen Bilderbüchern (von 20 Pf. an). Besonders beachtenswert sind diejenigen mit Texten von Bruno Schönlank. Ferner sind Bastelbücher und Matadorbücher (von 50 Pf. an) für die jungen Lesarten vorhanden. Es sollte also keiner beklagen, der Parteibuchhandlung einen Besuch abzustatten und jeder sei davon denken: Bücher kaufe ich nur von Dieß: Ich unterstütze dadurch meine eigene Sache.

Die treudeutsche Schülermühe.

In der Sexta des Gymnasiums zu Chemnitz.

Der Artikel „Wie die Alten lügen“ in Nr. 367 der „Vorwärts“, der sich mit den Aufzeichnungen in Schülerheften über kindliche Geheimorganisationen beschäftigt, erinnerte mich, so schreibt uns eine Leserin, an ein kleines Erlebnis, das allerdings schon längere Zeit zurückliegt: Ich traf auf der Reise mit Bekannten zusammen, deren Vaters Sohn die letzte Vorprüfung über die Sexta des Gymnasiums in Schletz bestanden. Eines Tages erwiderte ich zu meinem Erstaunen im Innern der Mühe, quer über das Futter laufend, ein etwa zwei Zentimeter breites schwarzes Band. Ich fragte den Knaben, was das bedeute, und erhielt die Antwort: „Ja, Leute, das haben wir doch früher schon an der Mühe getragen und jetzt dürfen wir das nicht mehr, da fragen wir es nicht.“ Ich erfuhr, daß die Schülermühen tatsächlich gleich mit dem am Futter festgehefteten Band gefaßt wurden und daß alle Mühen dieses geheimnisvollen deutschnationalen Eingeweihte hätten. Also dürften die Mühen mit Wissen und Billigung, sehr wahrscheinlich sogar auf Wunsch des Schulleiters mit diesem deutschnationalen Abzeichen an die Schüler verkauft worden sein und wahrscheinlich noch immer verkauft werden. Denn es ist nicht anzunehmen, daß sich im Verlauf einiger Monate hierin etwas geändert hat.

Die Hauptgewinne der Arbeiterwohlfahrtstafel.

Am Dienstag nachmittag wurde die Ziehung der Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt beendet. Unter den letzten 5000 Gewinnern wurden auch alle großen gezogen. So fielen die Hauptgewinne in Höhe von je 25 000 M. auf die Nummern 633 973 in Gruppen A und B. Die beiden 15 000-M.-Gewinne fielen auf die beiden Gruppen der Nr. 1 414 384. Die beiden Prämien in Höhe von je 10 000 wurden auf die Nr. 1 277 448 gezogen. Ein Gewinn über 1000 M. fiel auf die Nummer 1 288 456. 500-M.-Gewinne erhielten die Nummern 1 278 538, 348 533, 1 420 384, 488 661, 1 474 732. Jedes 25. Los, von der Nummer des Hauptgewinnes aufwärts und abwärts gerechnet, erhält einen Trostpreis.

Wetterbericht der Deutschen Wetterdienststelle Berlin am Samstag (18. Dezember) 1928. Trocken und gelinde, aber am Ende Temperaturerhöhung unter Null. — Für Deutschland: Am Nordwesten gebirg im Südwesten mäßiger Frost, im Ostwesten leichte Schneefälle, im Osten frohner Frost mit kurzem Frost.

Wohl zu Hause, auch vom Ausland her, auch am Ende Temperaturerhöhung unter Null. — Für Deutschland: Am Nordwesten gebirg im Südwesten mäßiger Frost, im Ostwesten leichte Schneefälle, im Osten frohner Frost mit kurzem Frost.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Berliner Funktionärkonferenz.

Besprechung der politischen Situation.

Eine stark besuchte Funktionärkonferenz der Groß-Berliner Parteiorganisation beschloß sich gestern Abend mit der gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich nach dem ersten halben Jahre der Tätigkeit des neuen Reichstages darstellt. Vor Beginn der Aussprache gedachte der Vorsitzende, Genosse Kunkler, der durchdringenden Brandtafelstrolche in der Schönebergstraße und der Opfer aus der Arbeiterklasse, die dabei zu beklagen sind.

Der Hauptantrag des Abends hieß Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser, der die Regierungskoalition mit einer Reihe von Vorwürfen, deren Schattenseiten auch in der Koalitionspolitik zur Geltung kommen. Aufhäuser nahm Bezug auf die Beschlüsse des letzten Parteitag und der Funktionärkonferenzen zur Frage der Regierungsbildung und meinte, das wichtigste an der Regierungsbildung sei, daß die sozialistischen Minister

auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen

und in ständiger Fühlung mit der Gesamtpartei bleiben. Bei der Aufzählung der Erfolge in der Reichstagsession erwähnte der Redner die Unruhmäße, die Verhängung und den Ausbruch der Krisenfrist. Aber schon nach den Sommerferien brachten die bürgerlichen Parteien diese Erfolge zur Schmelze aber zurück und nur durch den starken Hauspost, den die Fraktion im Vorjahr unter den Ministern unglücklich, stark zu bleiben. Das Ergebnis der Lohnsteuerreform war schon am 1. Juli, die Frage über den Verfallungsfall brachte keine Mehrheit im Reichstag; bei der Unfallnovelle haben wir anscheinend Erfolge gehabt. Aber der Kampf unserer Minister war nur mäßig und positiv, solange die Fraktion ihr starkes Wort einlegen konnte. Wo aber durch eine geheime und vertrauliche Kabinettpolitik die Fraktion und die

Partei vor vollendete Tatsachen gestellt

wurde, mußten die sozialistischen Minister dem Druck der bürgerlichen Parteien nachgeben. Aufhäuser erinnerte in diesem Zusammenhang an die Bemühung des Panzerkreuzers durch das Kabinett und an die gescheiterte Ablehnung durch die Sozialdemokratische Partei. Die Rede des Parteivorstehenden zielt bei der Vertretung anderer Anträge gegen den Panzerkreuzerbau im Reichstag gegen die bürgerlichen Koalitionsparteien nicht und so entstanden die bekannten Krisenperioden. Es war nicht nötig, daß auf Verlangen der Sozialpartei noch eine zweite Rednerpartitur eingesetzt wurde und daß sich auch daran unsere Fraktion beteiligte. Es kann nicht angedeutet, daß für unsere Fraktion von den Koalitionsparteien Maßnahmen laßen, selbst wenn der Reichswehrminister mit dem Reichstag droht. Eine klare Haltung konnte auch zu den weiteren Räten des Panzerkreuzerbau nicht eingenommen werden; und das alles schließlich aus Besorgnis vor der Regierungstrife. Diese Besorgnis legte die Regierung auch bei ihrer

Entscheidung im Ruhrkampf.

Unverständnis war, wie die um das Schicksal des Staates kämpfende Arbeiterklasse im entscheidenden Augenblick von der Regierung verlassen wurde. Wenn die Regierung schon einseitig hätte — und es war ihr längst angeraten, es zu tun — hätte sie es früher tun müssen und zwar ausschließlich zu dem Zweck, die industriellen Industrieen zur Ration zu bringen. Man konnte die Arbeiterklasse schließlich zwingen, die Produktion in Gang zu halten und die Betriebe wieder zu öffnen. Die Einwände, für solche Maßnahmen hätten sich keine Mehrheiten gefunden, sich Aufhäuser nicht annehmen, wenigstens hätte die sozialdemokratischen Minister die Partei für den Fraktionsvorsitzender, die Führer der Metallarbeiter hätten sollen. Aber nichts Dergleichen ist geschehen. Umständlich ist, daß noch heute die Erklärung des Arbeitsministers

an dem rechtsverbliebenen Schiedspruch nichts geändert

werden dürfte. (Zur richtig!) In dieser Situation legte die Regierung die zur Aufrechterhaltung des Schiedspruches alle Ursache hatte, den Innenminister Sperner zum außerordentlichen Schlichter zu ernennen. Die Metallarbeiter waren in einer Zwangslage, als sie sich zu Sperner bekamen. Anders die Unternehmer: Sie hatten erreicht, was sie wollten, sie hatten den rechtsverbliebenen Schiedspruch zu Fall gebracht. Deshalb stimmten sie dem Regimentsvorsitzenden zu, wobei sie sich noch die Hinterlist der Annahme eines neuen Schiedspruches an der Grundlage der wirtschaftlichen Unabhängigkeit offen ließen. Das staatliche Schlichtungsverfahren ist durch das Verhalten der Regierung erschüttert, der Erfolg der Unternehmer ist ein Sieg über das Schlichtungsverfahren. Wo sollen sich in Zukunft die streikenden Arbeiter gegen verbindliche Schiedsprüche und gegen das Schlichtungsverfahren verhalten? Eine Entschädigung auf politischen Grund, wie sie der Innenminister nur stellen kann, ist untragbar, sie muß von Sperner als „Schlichter“, als „objektiver Schlichter“ gefaßt werden. Damit ist aber über den Reichsarbeitsminister ein neues Schlichter gestellt und damit ist in der Praxis ein lebhafter Wunsch der Sozialpartei erfüllt.

Die Arbeiterschaft wurde durch dieses Eingreifen der Regierung sehr überrollt. Alle Bedenken sind nicht angezogen worden, man sah es vor, die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft und die Partei vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Krisenperiode der Sozialpartei liegt das Kabinett zu dem schmerzlichen Entschluß kommen. Dagegen muß protestiert werden.

Aber die Sozialpartei geht noch weiter. Sie will die

Herbeiführung der Sozialpolitik hindern

und greift sogar das Budgetrecht des Reichstages an. All das sind untragbare Bindungen. Wir haben schließlich von den Wählern gewisse Aufträge mitbekommen und wenn die Reichstagsabgeordneten in jeder Weise gehindert werden, so müssen die Wähler eben protestieren, ab sie einmütigen und zureichenden sind. Die Funktionäre müssen in der Situation, wo die Regierung ungeschicklich werden soll, erfahren, wie die Arbeit der Regierung zu Zukunft werden soll. Wie soll es im Schlichtungsverfahren werden was nicht sein soll. Wie soll es im Schlichtungsverfahren werden was nicht sein soll. Wie soll es im Schlichtungsverfahren werden was nicht sein soll. Wie soll es im Schlichtungsverfahren werden was nicht sein soll.

wegen der Regierungsbildung verhandelt

wird. Wenn die sozialistischen Minister uns das nicht sagen, dann müssen wir es ihnen sagen! Gemäß kann die Regierung nicht von heute auf morgen den Sozialismus bringen, aber wir müssen doch wenigstens einen „sozialen Kurswechsel“ bekommen.

Wenn die sozialistischen Minister durchdringender wollen, müssen sie sich auf die Partei stützen, nur so können sie sich die nötige Unterstützung verschaffen. Eine Koalition ist viel mehr eine Frage der politischen Kraftentfaltung als ein Rechenrezept. In Frage der politischen Kraftentfaltung können wir mehr Kraft einhalten, als bisher unter den Wählern. Aufhäuser betonte, es brauche durch die Erörterung dieser Fragen keine Unterbrechung in die Parteigenossenschaft zu bringen werden, nötig ist nur, die bereits vorhandene Unruhe zum Guten auszunutzen. Bei der bisherigen Koalitionspolitik ist eine solche Unterbrechung erfolgt worden, nämlich die Vertreibung der sozialistischen Minister von der Partei. Dagegen wendet sich die Partei. (Lebhafter Beifall)

In der Diskussion

sprach zunächst Genosse Schulz, Aufhäuser's Auffassung, es liege nur an den sozialdemokratischen Ministern, sei falsch. In der Fraktion

Sie rüsten sich ...



... selbstverständlich nur zur Teilnahme an einer Trauerfeier!

Was ist mit Amanullah?

Ist er geflüchtet oder nicht?

London, 18. Dezember. (Eigener Bericht.)

Die afghanische Gesandtschaft in London teilt mit, daß die Berichte über die Flucht von Amanullah und seiner Gattin in ein Fort den Tatsachen nicht entsprechen. Amanullah befindet sich noch wie vor in seinem Palast in Kabul. Ebenso werden die Berichte, daß die Armeen teilweise zu den Aufständischen übergegangen sei, als unrichtig bezeichnet. Es soll sich bei dem Zwischenfall nur um den Rückzug eines Brigadeführers auf einen Fortort von Kabul handeln. Trotz dieser Berichtigungsbemühungen ist man in London wegen der Sicherheit der britischen Staatsangehörigen in Afghanistan sehr beunruhigt.

Bei all über diese Frage diskutiert worden, aber nur ein einziger Punkt sei ein Antrag gezeichnet worden, der ein besseres Zusammenarbeiten der Minister mit der Fraktion forderte. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Wenn man immer häufiger kritisiert, muß man auch schließlich konstruktiv sein und den Rücktritt der Minister fordern. Ein Versuch, die Eisenbahn zu übernehmen, wäre ein internationaler Vorstoß gewesen. Im gesamten Ruhrkampf wurde mit einer Unmenge von unangenehmen Tatsachen, die sich gegen die Arbeiter wandten, gerechnet werden.

Genosse Latsow meinte, „reinen Wein einschenken“ heißt nicht, nur unerfüllte Forderungen aufzuzählen, es heißt vielmehr die politischen Machtverhältnisse, die zum Erfolg nötig sind, prüfen. Jeder Gewerkschaftsführer steht sicher in Situationen vor seinen Mitgliedern, wie der Reichstagskammer vor der Partei. Sicher ist doch, daß die politische Befähigung bisher nicht so groß war, daß sie nicht tragbar gewesen wäre. Aber es sind doch auch noch andere Forderungen und Notwendigkeiten zu erfüllen. Die Sozialpartei ist eine Zwangsbefugte, die eingesetzt werden mußte, damit nicht noch einmal eine Jahre lang der Bürgerkrieg herrscht. Mit etwas mehr gegenseitigem Vertrauen läßt sich in der Partei besser arbeiten. (Beifall.)

Genosse Kunkler sagte, er hätte vor der Regierungsbildung geordert, daß tüchtige, tüchtige Männer etwas tun. Es muß aber gesagt werden, daß einige Männer in der Regierung nicht genügend tüchtig sind, das Notwendige zu tun. Beharrlich ist nur, daß Sperner seinen Ruf dabei preisgeben muß. Was verlangt wird, ist schließlich nur, daß man nicht fortgesetzt überrollt wird. Kunkler trat für weitgehende Kürzung des Reichswehretats ein. Bei der bevorstehenden Regierungsbildung muß die Forderung bestehen bleiben, den Wehretat auf 500 Millionen Mark zu beschränken.

Genosse Eike begründete im einzelnen die Notwendigkeit der Annahme der vorliegenden Resolution. Er ging näher auf den Ruhrkampf ein und betonte dabei, daß eine frühere Regierungserklärung sich gegen eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Machtstellung wendete.

Genosse Löwenstein: Gegen die parteigenösslichen Minister ist in der letzten Zeit ein starkes Misstrauen in der Fraktion gewesen. Die Frage ist: Wie sieht die Koalition aus und wie wird sie angenommen? Eine Kritik der einzelnen Minister ist nicht nötig, wohl aber eine Kritik des Systems. Wenn wir fallen sollen, wollen wir nicht als Opfer eines Systems, sondern im Kampfe fallen. In einer Koalition müssen die Kräfte der Partei herangezogen werden, das ist besonders vom Reichskanzler nicht getan worden. Er hat die Verantwortung selbst übernommen und die Partei beiseite gelassen. Eine Partei des aktiven Willens lehnt dieses System ab.

Genosse Benja vermehrte Vertrauen zur Parteigenossenschaft bei den sozialdemokratischen Ministern.

Genosse Sander: Der Anstoß der Reichstagswahl bedingte eine Lockerung des Kampfes gegen den Bürgerkrieg. Im Ruhrkampf ging es um den Kampf des Unternehmertums gegen den Staat, gegen die Arbeiterschaft und gegen die soziale Einstellung des Staates. Dagegen hätte sich die Regierung zu wenden, die sich im Parlament eben eine andere als die Koalitionsmehrheit hätte suchen müssen. Das Zentrum erhob so drückend im Kampf so radikale Forderungen, worum hätte man es nicht im Reichstag?

Nach einem Schlußwort des Genossen Kunkler wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Berlin haben im Juni d. J. in Uebereinstimmung mit dem Acker Parteitagbeschlüssen eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung unter der Voraussetzung gebilligt, daß bestimmte im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele erreicht oder reaktionäre Ziele abgewehrt werden können.

Die Funktionärversammlung vom 18. Dezember 1928 verlangt auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate vor der beabsichtigten Umbildung der jetzigen Regierung Sicherungen für eine der Arbeiterklasse förderliche Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sicherungen gegen politische Bindungen, die das Sozialrecht in seiner Kränklichkeit hemmen.

Insbesondere ist bei weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung volle Klarheit über die in nächster Zeit zu lösenden

Der britische Luftdienst trifft Vorbereitungen, um im Notfall die britische Gesandtschaft in Kabul in Sicherheit zu bringen.

In Peshawar (Britisch-Indien) eintreffende Reisende berichten, daß bei ihrer Abreise aus Kabul der Belagerungszustand über die Stadt verhängt war. Der in der letzten Woche in den Kämpfen bei Djalalabad eingetretene Massenauflauf bezog sich anscheinend nur auf den Sturm der Moslems. Die Regierungstruppen bei Djalalabad sollen von den Aufständischen eingeschlossen worden sein. Zwanzig führende mohammedanische Priester haben ein Manifest erlassen, in dem das Volk aufgefordert wird, seinem König Gehorsam zu leisten.

Frage zu schaffen. Dazu gehören: geistliche Befreiung des Reichstages im Arbeitsbeschäftigung, Realisierung des Wohnungsbauabkommens, soziale Gestaltung des Reichshaushaltsplans durch geistliche Verminderung des Wehretats und Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für soziale Zwecke. Bedingung des Erfolgs des Reichs durch stärkere Staatshilfe der Reichsbanken, Abschaffung einer Erhöhung der Umgehungs- und jeder anderen den notwendigen Versuch der Klassen vornehmenden Steuern, Befreiung der arbeitslosen Klassen durch Kontrolle der Kontrolle.

Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien, durch die eine Berücksichtigung der notwendigen Arbeiterinteressen nicht gewährleistet wird oder nicht gewährleistet werden kann, lehnen die Funktionäre von Groß-Berlin ab.

Mietwohnungen im Eigenheim.

Ein Rundschreiben des Wohlfahrtsministers.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt weiß allerdings in einem Rundschreiben auf die Notwendigkeit hin, dem Bau von Arbeitermietwohnungen in Bombardierengebieten Aufmerksamkeit zu schenken. Abgesehen davon, daß hierdurch eine nicht unerhebliche Vermehrung des Wohnraumes auf dem Lande herbeigeführt werden kann, trägt der Einbau kleinerer Mietwohnungen in Eigenheimen erheblich dazu bei, den Darlehensnehmern die Finanzierung ihrer Bauvorhaben zu erleichtern. Die Gewährung einer Hauszinsverrechnung für eine Mietwohnung, die in ein aus Mitteln der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge geschöpftes Bombardierengebäude eingebaut wird, sei ausdrücklich zugelassen, sofern Haupt- und Nebentwohnung völlig getrennt voneinander abgeschlossen seien und beide Wohnungen ausreichende Boden- und Kellerflächen enthalten.

Als völlig getrennt voneinander abgeschlossen können die beiden Wohnungen in diesem Zusammenhang dann gelten, wenn sie zwar an einem gemeinsamen Flur bzw. Treppenhause liegen, jedoch jede Wohnung in sich abgeschlossen ist und einen besonderen, vom gemeinsamen Flur bzw. Treppenhause abgewandten Eingang aufweist. Insoweit bei derartigen Eigenheimen durch den Einbau der Mietwohnungen eine Versteigerung des Baugrundstücks eingeleitet ist, kann der staatliche Sicherheitsschatz eine dieser Versteigerung verhältnismäßig entsprechende Belastung vorerheben, sofern die Höchstbelastungsgrenze (bis Sechstel des nach den Belastungsgrundlagen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten festzusetzenden Wertes) gemahrt bleibt.

Die Ausschüsse der Länderkonferenz, die beiden Unterausschüsse der Länderkonferenz, die sich mit der Realisierung der deutschen Landfrage und den Zuständigkeitsfragen der Länder befassen, sind mit der Sammlung des Referentienmaterials zurzeit beschäftigt. Es besteht Hoffnung, daß man bis Mitte Januar 1929 dieses Material bekommen hat und die Angelegenheit der Revision in gute Fortschritte macht, daß im Februar die zusammenfassenden Besprechungen erliegen können.

Die Deutsche Sozialpartei hat vor wenigen Tagen Verhandlungsanträge zur Verlesung eingebracht, durch die insbesondere eine größere Sparsamkeit beim Reichshaushalt gewährleistet werden soll. Das ist Theorie. In der Praxis aber ist es anders. Da bringt nämlich die Deutsche Sozialpartei Anträge ein, wonach die Reichsregierung für eine ganze Anzahl von Zwecken und so sehr für den Kleinwohnungsbau Mittel zur Verfügung stellen soll. Die Deutsche Sozialpartei unterscheidet sehr wohl zwischen Theorie und Praxis.

Die angebliche Gasbombe aus den Schiffsanwerfen, von Kommunisten leihen auf den Reichstagsplatz niedergelegt, war Gegenstand eines ergebnislosen Frage- und Antwortspiels im britischen Unterhaus.

Außenminister Jost hat auf der Rückreise nach Warschau der „Neuen Freien Presse“ gegenüber erklärt, Stresemann habe den Inhalt seiner Rede nicht gekannt, während bez. britischerseits noch wie vor entschieden bestritten wird.

